Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8,
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 63,
Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau:
Dresden-N., Königstr. 20, Tel. I, Nr. 4583.

Leipziger Tageblatt
und Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Vereins- und Privat-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10
Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig
(Inh. Dr. H., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 552. Sonntag 29. Oktober 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichskanzler teilte dem Berliner Oberbürgermeister mit, daß er gern bereit sei, die Abordnung des Deutschen Städtetags am 31. Oktober mittags in Berlin zu empfangen.

* Der „Reichsanzeiger“ macht bekannt: Infolge der Unterbrechung des Verkehrs auf den russischen Eisenbahnlinien kann die Post nach Rußland bis auf weiteres nicht mehr auf den gewöhnlichen Wegen abgesandt werden. Es wird versucht werden, sie auf anderen Wegen, insbesondere auf dem Seewege, zu befördern.

* Die deutschen Unterhändler für den Handelsvertrag mit Schweden begaben sich gestern nach Stockholm.

* Der deutsche Kaiser hat dem Kaiser von China mitteilen lassen, daß er seinen Einfluß geltend machen werde, damit die europäischen Besatzungstruppen aus China zurückgezogen werden. (S. Ausl.)

* Die in Petersburg geführten Verhandlungen über die neue russische Anleihe sind auf Vorschlag des russischen Finanzministers vertagt worden. (Vergl. Handelsztg.)

* In Reval kam es zu blutigen Straßenkämpfen. (S. Ausl.)

Das Gespenst der Revolution.

Es geht schließlich nicht allen Menschen so gut wie den Erstgeborenen altelbischer Rittergutsbesitzer, den Söhnen Hamburgischer Großkaufleute oder neuerdings den Proletarierkindern großer Bezirke, die alle eine feste Lebensanschauung mit auf ihren Lebensweg bekommen. Es gibt immer noch eine ganze Anzahl Individuen, denen zwar auch meist durch Geburt und Verhältnisse ganz roh eine Richtung gewiesen wird, die aber doch in der Hauptsache darauf angewiesen sind, sich ihre Ansichten über Religion und Staat und andere Dinge selbst zu bilden. Das geht dann in der Mehrzahl der Fälle nicht ohne Schwanken und Tasten und Toppen ab. Manch einer, der heute weit links steht, war in seiner Jugend eifriger Verfechter des Absolutismus, und mancher hat sich in der umgekehrten Richtung entwickelt. Daraus jemandem einen Vorwurf zu machen, ist unschicklich und töricht, weil es der Natur den Stillstand vorschreiben heißt. Einem weit verbreiteten Irrtum mag bei der Gelegenheit mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, das ist die Meinung, als ob nur eine Entwicklung nach links Anspruch auf Anerkennung der Ehrlichkeit ihrer Motive habe. Es kann dem gegenüber geradezu als Norm hingestellt werden, daß das Alter immer mehr zum Schützen des Bestehenden und Erworbenen geneigt sein, daß es ruhiger urteilen und daher eine Entwickelungstendenz nach rechts hin haben wird. Auch ist es sicherlich innerlich gerade für tapfere Naturen schwerer, sich ihre Wandlung nach der rechten Seite eingestehen, als nach links, wo angeblich allein der Männerstolz Heimatsrecht hat.

Es ist noch gar nicht so lange her, vielleicht ein Dutzend und einige Jahre, da war es unter den jugendlichen Intellektuellen im Deutschen Reiche vielfach Mode geworden, mit dem Sozialismus zu kokettieren. Im jungen literarischen und künstlerischen Berlin jener Tage zum Beispiel erforderte es bereits Mut, sich als konservativ oder auch nur liberal gerichtet zu bekennen. Man nannte sich zwar auch damals nicht gern geradezu Sozialdemokrat, aber sympathisierte doch offen mit den konnagierten Leuten vom Schlage Bebels, Liebknechts, Bradels. Andere Gesinnung galt vielfach in jenen Kreisen als streberhaft. Das „Mantorium“ des Sozialistengesetzes übte noch seine gewaltige stimulierende Wirkung, und Bismarck, der große Erwecker des deutschen Nationalbewußtseins, stand noch viel zu sehr im Tageskampfe, als daß seines Geistes bebende Kraft schon in jene, werdenden, ringenden Seelen hätte dringen können. Man liebte ihn noch nicht damals, vielen war er noch der junkerliche Gewaltmensch, dem gegenüber man sich so völlig als Objekt vorkam, während man doch so gern Subjekt sein wollte. Für Bismarcks Würdigung im Volke ist sein spätes, von ihm so schmerzlich empfundenes Geschick zweifellos die denkbar größte Triebkraft gewesen. Er rückte den meisten erst merklich näher, als man ihn auch bemitleiden dürfte. Im Grunde genommen ein rührender Zug des einfältigen deutschen Gemüts. Daß in der Folge nicht mehr von den sozialistisch angehauchten Jünglingen den Uebergang zu den Genossen vollzogen haben, als geschehen, ist zum großen Teil dem taktischen Ungeschick oder auch der Eifersucht der sozialdemokratischen Führer, zum anderen aber dem gewaltigen Einflusse des entlassenen Bismarcks und — Nietzsches zuzuschreiben. Ohne diese hemmenden Einwirkungen hätte es damals Massenübertritte geben können, die nicht ohne sehr bedenkliche Folgen hätten bleiben können. Es ist zu vermuten, daß die Entwickelung der Sozialdemokratie äußerlich viel stürmischer verlaufen wäre, wenn sie einen solchen Ueberschuß an geistigen Arbeitskräften in ihre Reihen bekommen hätte, während die Genossen gerade das Gegenteil, nämlich Bourgeoisgewohnheiten, bei den Kopfarbeitern argwöhnten. Jedenfalls ist heute mit Genugtuung zu konstatieren, daß den liberalen Parteien durch solche Uebertritte nicht allzuviel wertvolles Menschenmaterial verloren gegangen ist. Selbst die jüngste Gelegenheit, die Auflösung der nationalsozialen Partei, hat der Sozialdemokratie außer Maurerbrecher und einem paar anderen keinen nennenswerten Zuwachs gezeitigt. Inzwischen hat Dresden rasche gesorgt, daß der Sozialdemokratie viele der heimlichen oder unklaren Sympathien verloren gegangen sind, die sie bisher noch besonders in der geistigen Jugend des uns hatte. Die Lager haben sich ziemlich geschieden und die schlimmste Gefahr, die dem Staate und damit dem Reiche und der Gesellschaft drohte, die Fahnenflucht der Jugend, ist heute endgültig vorüber. Die Entwickelung Naumanns und seiner Ideen zeigt dies klarer als alles andere. Dies ist in großen Strichen das Bild der äußeren Entwickelung. Was der Einzelne aus inneren Erlebnissen dabei gelernt hat, ist natürlich außerordentlich verschieden, aber eins kann doch als gemeinsam gelten — die Erkenntnis von der Jugendgöttin Freiheit Vergewaltigung, die im sozialdemokratischen Heerlager wieder und wieder begangen wurde und noch heute begangen wird.

Der politisch Gebildete von heute braucht längst keine Beweise mehr für die knechtische Unfreiheit, in der die Masse der rechtgläubigen Genossen sich wohl zu fühlen scheint, während die wenigen Denker und Arbeiter an sich selbst in der Partei unter ihr seufzen. Es ist längst erkannt, daß diese Partei der Massenimstinkte intolerant sein muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, gerade wie es das Zentrum sein muß. Auch ihre Radikalisierung bis zur notwendigen Spaltung mit oder ohne Krach ist darin begründet. Für den nichtbebellanischen Zeitgenossen bleibt es trotzdem betrübend zu sehen, wie die waschechte Sozialdemokratie die Freiheit meint. Die jüngste Vermehrung des hierher gehörenden Materials hat der „Vorwärts“ geliefert. Nicht daß uns der Vorgang wegen des Schicksals der herausgedrängten sechs Redakteure besonders nahe zu gehen hätte — von allem Persönlichen kann man bei der genügend bewiesenen Liebenswürdigkeit auch der bisherigen Redakteure mit zutem Gewissen absehen — aber die Sache an sich, dies Umspringen mit sechs Individuen, sechs Genossen dann, hat etwas Entwürdigendes. Diese sechs Redakteure, die nicht einmal sämtlich der Revisionistenei verdächtig sind, haben nun jahrelang, zum Teil ein Dutzend Jahre und länger, nach Kräften im „Vorwärts“ auf Kapitalismus und Bourgeoisie, auf die Sklavenhalter und die Kulis geschimpft, haben sich täglich in die freie Genossenschaft geworfen und der Sklaverei der bürgerlichen Welt die Freiheit des Genossen gegenübergestellt. Und nun muß ihnen das passieren! Man hat sie einfach herausgedrängt. Im „Vorwärts“ vom 26. Oktober stand ihre Erklärung. Der Parteipapst und die übrigen Berliner Großen der sozialdemokratischen Genossenschaft haben über eine Neuorganisation der Vorwärtsredaktion beraten, nicht einmal, sondern vielmal, unter dem üblichen Ausschluß der Oeffentlichkeit, und nicht ein Vertreter der Redaktion wurde zugezogen. Endlich haben die Redakteure verstanden, was man von ihnen wollte. Sie haben gekündigt, und ihre Kündigung wurde glatt angenommen. **Als inneren Grund** ihrer Kündigung geben sie selbst die Erkenntnis an, daß „mit dieser Auffassung (der Aufsichtsinstanzen) die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht vernichtet sei“, die allein den Redakteuren das Recht gegeben habe, „die Würdelosigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Großbetriebs zu geißeln.“ Entschuldigt sind die Herren damit wirklich nicht, denn die Erkenntnis kommt reichlich spät, auch deshalb nicht, weil sie noch im Abtreten von der Bühne ihre bürgerlichen Kollegen schmähen und ihnen Dinge vorwerfen, die sich in dieser Allgemeinheit wohl behaupten, aber nie beweisen lassen. Wertvoll aber bleibt dies von sechs Vorwärtsredakteuren mit ihrem Namen beglaubigte Zeugnis auf alle Fälle, und oft genug wird Gelegenheit geboten sein, auf dies Dokument zurückzukommen, wahrscheinlich sogar noch während der Zeit der Redaktionsführung derjenigen, die es ausgestellt haben.

Aber wenn auch Schamhaftigkeit vor dieser letzten Blamage schützen sollte — mit dem Redaktionswechsel wird von den neuen Geistern Scarthagen und Luxemburg der alte Brauch bestimmt wieder aufgenommen und mit Wollust Splitterrichterei getrieben werden. Nur nebenbei sei auf das Komische der völligen Verständnislosigkeit hingewiesen, mit der diese Leute dem inneren Wesen einer rein materialistischen Weltanschauung gegenüberstehen. Denn eine solche muß zum Fatalismus, zum Schlendrian führen, während die Genossen mit Bebel an der Spitze eine Angelegenheit nicht mehr anders als erratisch behandeln können. Aber diese Inkonsequenz wird von weiterem Toben nicht abhalten. Die übrige Welt wird unterdessen mit immer mehr gefestigter Gemütsruhe alle diese Anzeichen inneren Unreife und Schwäche notieren und warten, was sich weiter aus dem Gärungsprozeß entwickeln wird. Nachdem wir anerkannt haben, daß die Sozialdemokratie nicht den inneren Fortschritt, nicht die absolute Wahrhaftigkeit und nicht die Freiheit, sondern Unreifheit der Massen und erst recht des Individuums bedeutet, hat ihr revolutionärer Charakter keine Schrecken mehr. Mit Leuten wie Stadthagen und Rosa Luxemburg kann man wohl Putsche, aber keine Revolution der Geister herbeiführen. Und die wäre allein Siegesbürgschaft.

Vom bayerischen Landtag.

(Von unserm Münchner Korrespondenten.)

Die Generaldebatte über das Budget, die sich im großen und ganzen auf einer für unsere Kammer ungewöhnlichen Höhe bewegt hatte, wäre ohne weiteres erwähnenswertes Ereignis zu Ende gegangen, wenn nicht der Ministerpräsident Freiherr v. Podewils unmittelbar vor Torschluß eine alte Streitfrage über die Zuständigkeit des Landtages aufgestellt hätte. Redner aller Parteien hatten sich nämlich nicht nur auf die Besprechung und Kritik bayerischer und innerpolitischer Reichsfragen und Verhältnisse beschränkt, sondern auch, wie seit vielen Jahren, auf das Gebiet der auswärtigen Politik des Reiches Exkursionen unternommen, die indessen, abgesehen von den grotesken Ausführungen eines übrigens sehr nationalen Bauernbündlers, wenigstens des Vorzugs der Kürze nicht entbehrten und sich durchweg in parlamentarischen Grenzen hielten. Dabei wurde nun auch mehr oder minder deutlich der impulsiven Eingreifens und Stimmungswechsels gedacht, der sich in der Reichspolitik nicht selten bemerkbar gemacht habe. Der Ministerpräsident bedauerte nun, wie es von ihm als selbstverständliche Pflicht erscheint, diese gegen das Reichsoberhaupt gerichtete Kritik aufs tiefste, und hob dagegen in warmen Worten die unermüdliche Tätigkeit des Kaisers zu des Reiches Wohl hervor. Dabei bestritt er dem Landtage die Kompetenz, die auswärtige Politik in das Bereich seiner Besprechung zu ziehen, da ihre Leitung zu den persönlichen Rechten gehört, die vom Kaiser unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ausgeübt werden. Nachwals betonte dann Freiherr v. Podewils dem letzten, sozialdemokratischen Redner gegenüber, die Zuständigkeit des Landtages beziehe sich nur auf Reichsangelegenheiten, auf welche durch die Verfassung den Regierungen der Einzelstaaten im Bundesrate ein Einfluß zuerkannt ist.

Welcher Auffassung man nun auch sein mag, jedenfalls wird der bayerische Landtag, darüber sind alle Parteien einig, nicht von seiner Uebung abgehen. Der einzige Erfolg des Ministerpräsidenten wird eine ausgedehnte Debatte bei seinem Etat sein. Sie hat der Präsident des Hauses schon angekündigt, nicht ohne dabei sehr energisch zu betonen, daß er für dieses „ex lege et usu“ erworbene Recht der Kammer eintreten werde. Rein praktisch betrachtet, wäre es schon deshalb besser gewesen, der Ministerpräsident hätte erklärt, daß sich die Regierung da jede Verantwortlichkeit im Einzelstaate fehle, an solchen Diskussionen nicht beteiligen werde. Es läßt sich aber außerdem nicht verkennen, daß die vom Freiherrn v. Podewils gezogene Grenzlinie unter Umständen sehr schwer einzuhalten ist. Darnach erscheint es z. B. zulässig, sich darüber zu äußern, ob das Deutsche Reich einer erstklassigen Flotte bedarf oder nicht; denn die Bewilligungen stehen ja Reichstag und Bundesrat zu. Die Erörterung dieser Frage wird aber naturgemäß auf die auswärtige Politik und die äußeren Beziehungen des Reiches führen.

Jedenfalls dürfte auch anderswo zu denken geben, daß auch die Liberalen, denen in Bayern nahezu allein die Hochhaltung des nationalen Gedankens zufällt, durch den gut nationalliberalen Pfälzer Dr. Hammerschmidt, unter vollster Anerkennung der Reichspolitik der letzten Zeit, ihrem Bedauern über das impulsive Eingreifen und besonders über die früheren, „fast unmöglichen Bemühungen um die Freundschaft des Auslandes, namentlich Englands“, unverhüllten Ausdruck gaben. Von liberaler Seite wurde dem Ministerpräsidenten zugerufen: Telegrammel, vielleicht auch in Erinnerung an das Swinemünder Telegramm, in welchem dem Prinz-Regenten die vom Zentrum abgelehnten 100 000 Mark für Kunstzwecke angeboten wurden. So gut gemeint es auch war, seine — diese Tatsache ist bisher noch nicht bekannt — vom Grafen Crailsheim verweigerte, und dann in Berlin unter „München“ erfolgte Veröffentlichung hat den erfolgreichen Ausgangspunkt nicht nur zum Sturme des Zentrums, sondern auch zu der Intrige gegen den Grafen Crailsheim gegeben.

Sonst beschäftigte sich die Kammer in den letzten Tagen mit der Arbeitslosenfürsorge und einem ganzen Paket wirtschaftlicher Anträge des Zentrums. Diese Aktion „zum Fenster hinaus“ unternimmt das Zentrum in jeder Legislaturperiode. Landwirtschaft, Gewerbe und Arbeiter erfahren, wie gut es der Ultramontanismus mit ihnen allen meint, und dann werden die meisten Anträge in einem Ausschusse begraben. Was diesmal an ihnen gut ist, steht im liberalen Programm. In der Frage der Arbeitslosenfürsorge gingen Kammer und Regierung einig. Interessant war uns die Ablehnung des liberalen Antrages, der eine vorausschauende, planmäßige Fürsorge verlangte. Hätten ihn die Sozialdemokraten eingebracht, er wäre der begeisterten Zustimmung des Zentrums sicher gewesen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. Oktober.

* **Vom Reichstag.** Wie der „Frkf. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, ist über die Einberufung des Reichstags unrzet ein Beschluß noch nicht gefaßt, doch steht er nahe bevor und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man ihn baldigst zusammentreten läßt und ihm die Flottenvorlage und die sogenannte Reichsfinanzreform als die ersten, vor allen Dingen zu erledigenden Aufgaben vorlegen wird. Der Ertrag der Reichserbschaftsteuer ist nicht auf 100 und mehr Millionen, wie es hieß, sondern, wie zuverlässig verlautet, auf ungefähr 60 Millionen für die Reichskasse veranschlagt. Einige kleinere Spezialetats sind dem Bundesrat inzwischen auch schon zugegangen.

* **Sächsische Parlamentsnachrichten.** Der Arbeitsplan des sächsischen Landtages für die nächste Zeit wird sich folgendermaßen gestalten: Mittwoch, 1. November: Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1902 und 1903, wobei jedenfalls auch der Fall des Direktors Meyer vom Ethnographischen Museum zur Sprache kommt, ferner der Gesetzentwurf betr. die vorläufige Erhebung von Steuern und Abgaben im Jahre 1906. Donnerstag, 2. November: Gesetz betr. die Erstattung von Umzugskosten an Staatsdiener und Lehrer an höheren Lehranstalten. Freitag, 3. November: Antrag Kühlmorgen auf Aufhebung des § 19 des Ergänzungssteuergesetzes. Der Sonnabend bleibt voraussichtlich frei. — In der folgenden Woche gelangen die Interpellationen, wie bereits gemeldet, zur Verhandlung, zunächst die über die Fleischnot und die Wahlrechtsreform. Die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft wird vermutlich auch zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden. Ihre Beantwortung ist aber erst später zu erwarten, da man in die jetzt schwebenden Verhandlungen nicht durch parlamentarische Erörterungen eingreifen kann. Die Interpellation der Freisinnigen über die Stromschiffahrtsabgaben kommt erst später zur Beratung. Es ist noch gar nicht festgestellt, ob die Sache den Bundesrat beschäftigen wird; bei der ablehnenden Haltung eines Teils der Regierung dürfte eher das Gegenteil der Fall sein, da Herr v. Budde sich schwerlich ohne Not einer Schlappe aussetzen dürfte, die er nur mit seinem Rücktritt beantworten könnte.

* **Verband kaufmännischer Krankenkassen Deutschlands.** Ein „Verband kaufmännischer Krankenkassen Deutschlands“ wurde auf eine von der Krankenkasse für Handelsangestellte in Barmen ergangene Anregung hin in diesen Tagen in Magdeburg begründet. Vertreten waren 24 kaufmännische Krankenkassen (Eingeschriebene Hilfskassen), deren Tätigkeit sich vorwiegend auf einen kleineren Bezirk beschränkt, mit einer Mitgliederzahl von 28 750. — Ernst Hesper-Barmen sprach über das Thema: Welche berechtigten Forderungen dürfen und müssen die Handelsangestellten an die Reform des Krankenversicherungsgesetzes stellen. Redner forderte unter Zustimmung der Versammlung die Berechtigung zur Bildung von Ortskrankenkassen für Handelsangestellte (nicht im Handelsgewerbe Angestellte) die Berechtigung, von den Prinzipalen das eine Drittel der Beiträge zu erheben, ein Verbot, die Aufnahme versicherungspflichtiger Personen von einem Gesundheitsattest sowie von der Zugehörigkeit zu einem Verein oder Verband abhängig zu machen, die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Handelsangestellten mit einem Gehalt von 3000 ℳ und darunter usw. Diesbezügliche Anträge sollen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden. — Der nächste Verbandstag soll Ende April 1906 in Hannover stattfinden. — Sitz des Verbandes ist bis auf weiteres Barmen.

* **Aus Koburg-Gotha.** Der gemeinschaftliche Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung den Lotterievertrag mit Preußen und den anderen deutschen Bundesstaaten an; ebenso den Entwurf zu einem neuen Lotteriegesetz nach der entsprechenden Vorlage. Ferner wurde nach 3½stündiger Debatte in der Frage der Fleischteuerung ein Antrag einstimmig angenommen (auch die Agrarier stimmten dafür: „Die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, bei den jetzt bestehenden hohen Fleischpreisen, die weite Bevölkerungskreise in ihrer Ernährung schwer schädigen und alle Nahrungsmittel in die Höhe treiben, die Reichsregierung aufzufordern, alsbald diejenigen Schritte zu tun, die geeignet sind, der Fleischteuerung zu steuern, auch durch Oeffnung der Grenzen, soweit solche Maßnahmen nicht dazu führen würden, den inländischen Viehbestand durch Einschleppung von Seuchen zu schädigen. In Beantwortung einer Anfrage erklärt Staatsminister Richter, daß die koburgische Staatsregierung eine „Fleischnot“ anerkenne, und der stellvertretende Bundesratsbevollmächtigte angewiesen sei, im Bundesrate dahin zu wirken, daß alle geeigneten Schritte zur Linderung der Fleischteuerung getan werden.

* **Von der russischen Grenze.** Wie wir vor fast einer Woche meldeten, hat ein russischer Posten zwei an der Grenze auf deutschem Gebiet bei Myslowitz befindlichen Deutschen befohlen, auf russisches Gebiet zu kommen und sie dann verhaftet. Die beiden Deutschen, die sich absolut nichts hatten zu schulden kommen lassen, wurden ganz mehrere Tage lang durch russische Gefängnisse geschleppt, wobei sie alle möglichen Unbilden erduldeten. Sie haben natürlich sofort Beschwerde erhoben. Durch den Kattowitzer Landrat erfolgte, wie die „Nat.-Ztg.“ berichtet, am Freitag an Ort und Stelle an der Grenze eine Besichtigung, wobei festgestellt wurde, daß der Grenzposten die beiden Deutschen unter Drohungen genötigt hatte, russisches Gebiet zu betreten. Derselbe russische Grenzposten drohte gestern, den Landrat und seine Begleitung festzunehmen, falls sie der Grenze zu nahe kommen würden. Wenn selbst ein königlich preußischer Landrat derartiger Unbill ausgesetzt ist, wird wohl endlich die russische Regierung angehalten werden, diesem Grenzunfug zu steuern!

* **Verrat an der Partei.** Unter dieser schönen Ueberschrift behandelt die „Leipziger Volkszeitung“ zum ersten Mal eingehender den Skandal in der „Vorwärts“-Redaktion. Sie weist zunächst rein sachlich darauf hin, daß nach Jena jedermann in der Partei, der es wissen wollte, gewußt habe, daß eine „reformatorische Umgestaltung der „Vorwärts“-Redaktion“ bevorstand. Es habe sich dabei zunächst nur um die beiden Redakteure Büttner und Kulaski gehandelt, die nicht mehr die Ansichten vertraten, um derentwillen sie von den Berliner Genossen in die Redaktion gestellt worden seien und man habe sie durchaus nicht auf das Pflaster werfen, sondern ohne irgend eine materielle Schädigung auf andere Posten stellen wollen. Das sei der Kern der Affäre. Wie im einzelnen der Parteivorstand gehandelt habe, müsse man in der „L. Volksztg.“ nicht. — Dann aber kommt das sehr interessante, verblümte Eingeständnis von dem Terrorismus, der in der sozialdemokratischen Presse auf Redakteure ausgeübt wird. Nur daß hierfür äußerst sanfte, bei der „Volkszeitung“ ganz ungewohnte „Bienensöne“ gewählt werden, „wir verkennen durchaus nicht, daß bei den Aufsichtsinstanzen unserer Zeitungen in denen ja immer die Arbeiter das Uebergewicht haben, eine gewisse Rücksichtslosigkeit gegen die Redakteure nicht immer vermieden wird.“ Wie zart weiß hier das Organ des „Sauberdentemes“ zu schreiben! Wunderbar zart! Freilich gleich darauf „trompetet“ es gegen die sechs Redakteure des „Vorwärts“ „es ist ein Verrat an der Partei, solche Konflikte in einer Weise an die große Glocke zu hängen, die der kapitalistischen Preßmente gestattet, wie eine Herde hungriger Wölfe über die Partei selbst herzufallen.“ Und man geht es in dem gewohnten Taucher-Straßenjungenton weiter, indem die „Volkszeitung“ renommistisch schreibt von ihrem (!) „ethisch-ästhetischen Ekel“ „vor den schmatzenden Bruderküssen, die die Tintenkulis der kapitalistischen Presse jetzt über die sechs Redakteure in rauschender Fülle ergießen.“ Und ein Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“, der es angeblich gewagt hat, von der Bespitzelung der revisionistischen Vorwärtsredaktion durch eine „Medrow-Kreatur“ zu schreiben, wird gar zum „Preßlumpen“ ernannt. Die sechs Uebeltäter aber werden schließlich wegen ihrer „Literateneitelkeit“ den Arbeitermassen überliefert, der, wie die „Volkszeitung“ hofft, sie „traktieren“ werden „den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust“. — So also ergeht es denen, die in der „Partei der Oeffentlichkeit“ es wagen, die Oeffentlichkeit anzurufen, wenn man sie terrorisiert!

* **Zum Arbeiterkampf in den sächsisch-thüringischen Webereien** liegen uns vom gestrigen Tage folgende Meldungen vor: zunächst aus Meuselwitz. Die Lohnkommission der hiesigen Weber bestreitet die in verschiedenen Blättern ausgesprochene Behauptung, daß sie den vom Fabrikantenverein herausgegebenen Lohntarif anerkannt hätte. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall; und die Weber haben dadurch erreicht, daß ihnen eine achtprozentige Lohnerhöhung vom 1. Oktober